



P.S.

Konjunkturpaket 3

Das Versprechen war groß. Milliarden für die Bildung. Zur Erinnerung. Erst kam das Konjunkturprogramm 1 mit Abwrackprämien für noch fahrtüchtige Autos. Konjunkturprogramm 2 folgte mit 13 Milliarden für die Verbesserung von Gebäuden und Infrastruktur. Davon geht der größte Teil, exakt 8,6 Milliarden, an Schulen und andere Bildungseinrichtungen. Wenn Annette Schavan das Programm pries, war kaum von Sanierung, dafür viel von Innovationen und »pädagogischer Modernisierung« die Rede.

Dann aber erinnerte man sich in Berlin, an Beschlüsse der »Föderalismuskommission«, die jüngst ins Grundgesetz geschrieben wurden. Der Bund musste den Rest seines Einflusses in der Bildung aufgeben. Er darf nur noch Geld für Bereiche ausgeben, in denen er Gesetzgebungskompetenz hat. Die hat er nicht für Schulen, aber in der Klima- und Energiepolitik. So war denn im »Zukunftsinvestitionsgesetz«, wie das Programm heißt, vor allem von »energetischen Maßnahmen« die Rede. Dennoch, so hörte man aus dem Bildungsministerium, bei geschickt gestellten Anträgen, sei so ziemlich alles möglich. Bald folgte die Einschränkung: Erst muss noch das Grundgesetz geändert werden.

Verfassungsänderung

Nein, liebe Leser, Sie haben sich nicht verlesen. So läuft das. Damit das Konjunkturprogramm sich nicht auf Wärmedämmung und andere juristisch abgedeckte »energetische Maßnahmen« beschränken muss, wird die Verfassung geändert. Das tönt, als habe jemand das Kleingedruckte bei einem Kaufvertrag übersehen. Aber das Kleingedruckte ist in diesem Fall das Grundgesetz und nun wird Artikel 104 b so umgetextet, dass der Bund in Notsituationen auch ohne Zuständigkeit Investitionshilfen leisten darf. Diese Novellierung soll wohl mit der nötigen Zweidrittelmehrheit im Juli durch sein. Gilt sie auch rückwirkend? Muss dann auch das Zukunftsinvestitionsgesetz noch mal ins Parlament? Können bis

zu diesem Zeitpunkt überhaupt Anträge für Mittel gestellt werden, die über die »energetische Sanierung« hinausgehen? Und wird für diejenigen, die warten, im Hochsommer noch was in den Töpfen sein? Hat es überhaupt Sinn, dass Schulen, die zugleich an baulichen und pädagogischen Erneuerungen interessiert sind, die Kommunen dazu bewegen, das Gesetz großzügig auszuliegen, wie es das Bildungsministerium rät? Oder sollte man lieber gleich auf ein Konjunkturprogramm 3 setzen, das, während diese Kolumne geschrieben wird, Seehofer und andere Politiker bereits fordern?

Abschied vom Bluff

Fangen wir also noch mal vorne an (P. S. 12/08) und gehen gleich ein paar Schritte weiter. Der Umbau von Schulen und anderen Bildungshäusern zu Lernlandschaften ist angesichts der Krise noch dringender geworden. Wie die Finanzwirtschaft, die auf Bluff gesetzt hat, verführen manche Schulrituale zu einem betriebswirtschaftlichen Umgang mit Wissen. Bei Prüfungen Renditen einfahren und dann die Leerverkäufe schnell wieder abstoßen. Das gehört geächtet, wie die schlechten Sitten an der Börse. Nachhaltiges Lernen hingegen braucht Räume, die dazu einladen, hellwach und ganz gegenwärtig zu sein. An kultivierten Orten der Intelligenz entstehen der Eigensinn von Individuen und auch Liebe zur Welt. Soll Lernen dazu befähigen, Zukunft zu schaffen, dann müssen wir heute Schulen, Kindergärten und Hochschulen zu exemplarischen Orten im Übergang der Industriegesellschaft zu einer Wissens- und Ideengesellschaft umbauen. Also Abschied davon nehmen, Menschen überwiegend von außen zu steuern, und stattdessen ihren Willen und die Phantasie herausfordern und Selbstverantwortung stärken. In Schulen und anderen Bildungshäusern sollten Kinder und Jugendliche nicht nur Pädagogen begegnen. Sie sollten dort auch Botschafter aus der tätigen Welt treffen: Handwerker, Künstler und Wissenschaftler. Lernlandschaften sollten

auch für Werkstätten Raum bieten. Dann können starke Orte auf unverwechselbare Menschen abfärben.

Beteiligung

Und wenn es mit dem Konjunkturprogramm 3 nicht klappt, dann vielleicht anschließend, wenn nach den gegenwärtigen staatlichen Kreditblasen für Autos und Wärmedämmung die Kassen endgültig leer sind. Dann wird es ganz plausibel sein, auch Schüler beim Umbau zu beteiligen. Aber warum nicht gleich? Zum Beispiele wie in Herten. Dort haben Schüler der Martin-Luther-Schule auf den Dächern Sonnenkollektoren installiert und zusammen mit einem Maurerpolier in Rente einen Fußballplatz angelegt. Dabei wurde die Schule für die Jugendlichen mehr denn je zu ihrer Schule. Oder wie im bayrischen Wertingen. Dort wandelte die Montessorischule ein ehemaliges Möbelhaus in ein »Werkhaus der Generationen« um. Eine Schülermutter, Innenarchitektin, hatte die Idee für den ungewöhnlichen Lernort. Kinder und Jugendliche arbeiten, spielen dort nachmittags mit Senioren, Handwerkern, Lehrern und Eltern. Dafür hat der Bundespräsident die Schule als einen von »365 Orten im Land der Ideen« ausgezeichnet. Oder wie die »Baupiloten« an der TU Berlin, Studierende und die Architekturdozentin Susanne Hofmann erneuern nach Ideen von Kindern, Jugendliche und Pädagogen deren Schulen und Kitas. Sie kooperieren mit Firmen, aber auch mit Beschäftigungsträgern für arbeitslose Jugendliche oder mit Werkstätten im Strafvollzug.

PS

Hypo Real Estate hat gerade weitere 10 Milliarden Euro von der Bundesregierung erhalten. Unvorstellbare 102 Milliarden Euro hat die Bundesregierung bisher allein für diese Zombie-Bank bereitgestellt. Frage: Wie hoch ist eigentlich der Bildungshaushalt?

P.P.S.

Kritik, Zustimmung oder Brainstorming: www.reinhardkahl.de